

Dr. Serge Embacher
PD Dr. Ansgar Klein

Menetekel für Europa – Griechenland und die (fehlende) Politik der sozialen Bürgerrechte

Die Krise Europas

Europa ist derzeit schweren Belastungen ausgesetzt. Doch diese Belastungen sind nicht etwa – wie allgemein kommentiert wird – durch die Flüchtlingskrise verursacht. Der Flüchtlingsstrom durch Europa macht lediglich deutlich, wie schwach die Mechanismen der europäischen Integration eigentlich sind. In Wahrheit haben wir es mit einem grundlegenden Konstruktionsfehler am europäischen Haus zu tun, welcher immer schon problematisch war, der nur jetzt besonders gut sichtbar wird.

Dieser Konstruktionsfehler ist schnell benannt und oft analysiert worden. Er besteht in der starken Ökonomielastigkeit des europäischen Projekts. Mit der Idee einer Europäischen Union, die aus den Vorgängerkonstrukten (EG/ EWG/ EGKS bzw. Montanunion) hervorgegangen ist, ist in der politischen Praxis eben **nicht** eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, sondern lediglich ein riesiger Wirtschaftsraum mit dem Euro als gemeinsamer Währung entstanden. Sozialpolitik wurde dabei spätestens mit dem Vertrag von Lissabon (2009) als zweitrangig eingestuft. Denn der Vertrag sieht vor, dass sozialpolitische Maßnahmen nur ergriffen werden dürfen, wenn dadurch keine Nachteile für die Wirtschaft entstehen (was faktisch und logisch immer der Fall wäre!). Damit wurden die Verwertungsbedingungen für das europäische Kapital erheblich verbessert, denn fortan musste man nicht mehr mit Zollschranken und Währungsschwankungen kämpfen und hatte einen einheitlichen Markt mit nahezu unbegrenzten Expansionsmöglichkeiten vor sich; ein Markt, bei dem europaweit agierende Unternehmen bis heute die großen Lohnunterschiede und divergierenden nationalen Steuer- und Sozialgesetze perfekt für sich auszunutzen verstehen. Das angebotspolitische Argument für eine solche marktkonforme Union klingt altvertraut und scheint Ewigkeitscharakter zu besitzen: Wenn es den Unternehmen gut geht, werden sie investieren und prosperieren, und das ist am Ende für alle gut.

Spätestens mit der großen Finanzkrise ab 2008 hätte aber allen Beteiligten klar sein müssen, dass mit der simplen angebotspolitischen These etwas nicht stimmt. Eine Politik der Markterweiterung und der verbesserten Kapitalverwertungsbedingungen zeitigt gerade nicht (oder zumindest nicht automatisch) die gewünschten sozialen Effekte. Die kapitalistisch organisierte Marktwirtschaft bleibt ohne Flankierung durch ein Sozialmodell im Gegenteil völlig gleichgültig gegenüber Fragen der gerechten Verteilung und des fairen Zugangs zu Lebens- und Teilhabechancen für alle. Das europäische Kapital wurde nicht in erster Linie

zum Wohle aller eingesetzt, sondern zur maßlosen Steigerung der Profite einer kleinen Gruppe von Menschen.

Diese Entwicklungen führten vor allem bei den vielen prekären und sozial benachteiligten Menschen im vereinten Europa zu großer Skepsis gegenüber den angeblichen Segnungen der Wirtschafts- und Währungsunion. Als sich dann im Zuge der Finanzkrise herausstellte, dass die Euro-Zone ohne sorgfältige Prüfung der Solidität der einzelnen Länder mehr zusammengezimmert als wohlüberlegt aufgebaut worden war, schlug die Skepsis in teils offene Ablehnung um; so geschehen etwa in Deutschland durch die Gründung der so genannten „Alternative für Deutschland“ (in der Tat eine Alternative, wenn auch eine sehr schlechte...), die ohne die selbstverschuldete europäische Finanzkrise niemals hätte entstehen können. Viele EU-Mitglieder hatten die mit der Währungsunion verbundenen Auflagen nur zum Schein erfüllt und nun gerieten nun in der Krise in massive Schwierigkeiten. Griechenland ist das Extrembeispiel, aber auch Spanien, Portugal oder Irland und Italien gerieten massiv unter Druck. Statt aber in einer europäischen Anstrengung und initiiert durch die Europäische Kommission, die das als ihre europäische Pflicht hätte ansehen müssen, diesen Staaten mit einer Politik der Sanierung durch Investitionen in soziale Sicherheit zu helfen, unterwarf man sie – im Verbund mit IWF und Europäischer Zentralbank – einem harten neoliberalen Austeritätsprogramm, das auf radikale Kürzungen sozialstaatlicher Daseinsvorsorge setzt.

Griechenland am Abgrund

Vor allem in Griechenland – aber auch bei den angeblich erfolgreichen Sanierungskandidaten Spanien und Portugal – zeitigt dieses Austeritätsprogramm bis heute katastrophale Folgen. Das griechische Bruttoinlandsprodukt ist seit 2008 von über 350 auf unter 210 Mrd. US-Dollar gesunken, die Arbeitslosigkeit liegt bei über 25 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit weit über 50 Prozent. Ein Drittel aller Griechinnen und Griechen hat keine Krankenversicherung mehr, die Hälfte aller Ärztinnen und Ärzte verlor ihren Job, viele Menschen sterben an heilbaren Krankheiten. Als die neu gewählte griechische Regierung Anfang 2015 versuchte, eine andere Politik der europäischen Institutionen zu erwirken, stieß sie auf Beton und eine angesichts der humanitären Zustände in dem krisengeschüttelten Land erschütternde Ablehnung der anderen europäischen Staaten, allen voran Deutschland mit seinem unerbittlichen Finanzminister, der den Griechen nicht im Geringsten entgegenkommen wollte. Die Folge ist, neben dem sozialen und humanitären Desaster, das Aufkommen neofaschistischer und rechtspopulistischer, anti-demokratischer Parteien und Bewegungen; ein Phänomen, das mittlerweile in ganz Europa zu beobachten (Ungarn, Österreich, Polen, Dänemark, Italien, Frankreich – jetzt auch Deutschland) und eine eindeutige Folge der durch neoliberale Ökonomie verursachten Europafeindlichkeit ist.

Unter diesen Bedingungen ist es absolut illusorisch, dass Griechenland aus eigener Kraft jemals wieder richtig auf die Beine kommt. Und als wäre die Situation nicht dramatisch genug, gesellt sich zur Finanzkrise die Flüchtlingskrise. Die Bilder von syrischen Bürgerkriegsflücht-

lingen, die unter Einsatz ihres Lebens auf den griechischen Inseln in der Ägäis anlanden, kennt mittlerweile jeder. Fast hätte man sich schon daran gewöhnt – und im Übrigen auch darauf verlassen, dass Griechenland irgendwie schon damit klar kommen wird. Doch jetzt haben die Staaten des Balkans gemeinsam mit Österreich beschlossen, keine Menschen mehr aus Griechenland über Mazedonien nach Norden ausreisen zu lassen. Das bedeutet, die Flüchtlingssituation in Griechenland – einem Land, das auch ohne die Fluchtproblematik am Rande der Existenzfähigkeit ist – führt endgültig in einen Zustand, den man als Bürger Europas eigentlich nur noch beschämend finden kann.

An Griechenland scheitert also nicht der Euro (wie immer behauptet wurde, um die Griechen in die Knie zu zwingen), sondern in Griechenland scheitern und sterben täglich Menschen aus Fleisch und Blut. Wenn dies der letzte Stand bleiben sollte, dann wäre an der Griechenlandfrage der europäische Wertekanon gescheitert. In Wahrheit müsste man also nicht sagen: „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, sondern vielmehr „Scheitert Griechenland, scheitert Europa!“ Denn in Griechenland entscheidet sich, ob die Europäische Union tatsächlich die Fähigkeit besitzt, eine Sozialunion zu sein, in der die sozialen Bürgerrechte der Bezugs- und Ankerpunkt für Politik und Verwaltung sind.

Von Griechenland nach Europa

In Griechenland wurde also die Frage aufgeworfen, wie Europa sich zu den Anforderungen sozialer Bürgerrechte für seine Bürgerinnen und Bürger verhält. Wenn die Tilgung von Schulden und die Bewältigung der Flüchtlingskrise die Streichungen sozialer Leistungen erfordert, dann wird das Projekt Europa aus Sicht der betroffenen Bürgerinnen und Bürger endgültig zu einer Bedrohung. Die EU-Mitgliedsstaaten aus Osteuropa, deren Sozialsysteme ebenfalls schwach entwickelt sind, haben sich gleich ganz von den europäischen Problemen abgewendet. Eigentlich wären sie gut beraten, zusammen mit den Mitgliedsstaaten des Mittelmeerraums gemeinsam innerhalb der Europäischen Union eine Fortentwicklung der politischen Gemeinschaft auch in Hinsicht eines sozialen Europas zu diskutieren und daraus ein zukunftstaugliches politisches „Projekt Europa“ zu machen. Doch es dominiert zunehmend eine Haltung der Abgrenzung und der nationalen Alleingänge. Die rechtskonservative Regierung in Polen hat gleich nach ihrem Wahlsieg 2015 die Europaflaggen aus allen öffentlichen Gebäuden entfernen lassen. Der rechtspopulistische ungarische Ministerpräsident hat hohe Grenzzäune errichten lassen und damit sein Land konsequent gegen Flüchtlinge abgeschottet. Die französische Regierung hat aus Angst vor einem politischen Rechtsruck in ungewohnter Deutlichkeit klar gemacht, dass sie sich für die Lösung des Flüchtlingsproblems nicht zuständig fühlt. Es lässt sich also ohne Weiteres sagen, dass Griechenland zu einem Menetekel für Europa geworden ist. Wenn es hier nicht gelingt, eine neue Politik der sozialen Bürgerrechte zu etablieren, dann wird dies auch nicht im europäischen Maßstab gelingen. Ohne Neubegründung der griechischen Demokratie im Zeichen von Solidarität, Umverteilung (ja, selbstverständlich auch das!) und fairen (statt neoliberalen) Markt wird das Signal für alle Europäer sein: „Achte am besten nur auf Dich selbst und suche nicht nach Alternativen!“ Der

Populismus von rechts wird das europäische Prekariat (etwa ¼ aller Menschen) und auch die verängstigten Mittelschichten dazu bringen, einen chauvinistisch-nationalistischen Kurs der Idee eines solidarischen Europas vorzuziehen. Es sei denn...

Europäische Zivilgesellschaft als Ausweg

...die europäische Zivilgesellschaft tritt auf den Plan! Angesichts des doppelten Versagens von Wirtschaft und Staat(engemeinschaft) scheint es zumindest nach heutigem Stand einzig und alleine die Zivilgesellschaft zu sein, die Auswege aus der europäischen Krise zu weisen vermag. Die Krise Europas lässt sich nur durch konsequente Rückbesinnung auf den Kanon sozialer Bürgerrechte überwinden. Ein „Weiter so!“ in Kategorien der Austeritätspolitik oder der nationalen Abschottung kann es zwar geben, aber nur um den Preis des endgültigen Scheiterns der europäischen Idee in naher Zukunft. Die Zivilgesellschaft in Europa braucht daher eine vernehmbare Stimme und mithin eine erheblich gestärkte Position im europäischen Konzert; dies nicht nur mit Blick auf ein soziales Europa, sondern auch in eigener Sache.

Denn aus zivilgesellschaftlicher Sicht führen die skizzierten Prozesse zu problematischen Spaltungen gerade im eigenen Handlungsfeld. Mit weiter wachsender Dynamik werden Renationalisierung und Abgrenzung mit menschenfeindlichen Positionen zur Bedrohung für die Grundlagen freier Zivilgesellschaften. Die Entwicklung wird in einigen Mitgliedsstaaten flankiert von Maßnahmen zur Stärkung der Regierungsautorität und Kontrollrechte, verbunden mit dem Abbau von Presse- und Bürgerrechten und einer faktischen Aufhebung der Gewaltenteilung im demokratischen Rechtsstaat. Zudem hat das große Engagement von Millionen Menschen beispielsweise in der großen Krise Griechenlands nicht dazu geführt, dass die Zivilgesellschaft in irgendeiner Weise in Überlegungen zu einer möglichen Reformpolitik eingebunden würde. Man braucht und benutzt die Zivilgesellschaft, hegt aber keinerlei Absicht, sie in die „Rettung“ der europäischen Idee einzubeziehen. Diese Erfahrung haben wir in Deutschland über Jahrzehnte machen können: Bürgerschaftliches Engagement erschließt neue Felder der Gesellschaftspolitik und ist gerade in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge ein eigensinniger, aber unverzichtbarer Gestaltungsfaktor; doch Berücksichtigung bei politischen Reformen findet sie kaum. Die Zivilgesellschaft in Europa hat hier ein großes gemeinsames Projekt.

Die Flüchtlingskrise hat – das wurde gesagt – nach der Finanzkrise den europäischen Zusammenhalt noch weiter erschüttert. Der Zusammenbruch der Außengrenzen der Europäischen Union war auch Folge einer europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik, welche die Bürden alleine den Staaten am Rande Europas überantwortete und die Lasten nicht solidarisch tragen wollte. Dieses jetzt überholte Grenzregime hat nicht zuletzt auch Deutschland federführend mit begründet. Durch das Scheitern von „Dublin“ begann der fortlaufende Zustrom von Flüchtlingen und weiteren Einwanderungsgruppen in einige wenige europäische Länder, was zwar bei weitem nicht die Aufnahmekapazitäten eines starken Landes wie Deutschland

erschöpft, was jedoch vor allem bei den personell erheblich unterausgestatteten staatlichen Behörden (Kommunalverwaltungen, Polizei, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) ein veritables Chaos mit symbolträchtigen Medienbildern erzeugt hat. Ohne eine echte europäische Lösung im Zeichen sozialer Bürgerrechte wird diese Entwicklung auf Dauer nicht zu beherrschen sein. Auch hier gilt es aus Sicht der Zivilgesellschaft grundsätzliche Fragen zu klären und die Staaten Europas müssen endlich ihre Hausaufgaben machen: Welche Bedeutung hat für die Europäische Union die Charta der Grundrechte? Wie steht sie zum Asylrecht als Menschenrecht? Und wie soll künftig die Europäische Union mit solchen Zuwanderern umgehen, die aus Gründen wirtschaftlicher Not oder wegen der Zerstörung ihres Lebensraums auf der Flucht sind? Zur Debatte steht damit die Bedeutung sozialer (und kultureller) Menschenrechte, aber auch die Frage nach einem gemeinsamen Verständnis der Menschenrechte in Europa auch für Menschen, die etwa aus Gründen des Klimawandels fliehen. Für diese nach allen Prognosen deutlich wachsende Gruppe gibt es derzeit nicht einmal eine menschenrechtlich relevante Kategorie. Und auch die Bekämpfung der Fluchtursachen erfordert eine gemeinsame europäische Antwort, die sich nicht darin erschöpfen darf, die Türkei dazu zu bringen, niemanden mehr durchzulassen.

Für die Zivilgesellschaft in Europa entsteht alles in allem der strategische Bedarf der gemeinsamen Beratung und Abstimmung sowie der Verschränkung zentraler Diskurse wie Strukturentwicklung, Sozialpolitik, Menschenrechts- und Flüchtlingspolitik, Entwicklungspolitik. Diese Agenda gilt es in den nächsten Jahren zu bearbeiten. Die Substanz dafür ist vorhanden; so etwa in Griechenland, wo allen Behauptungen von der nicht existenten Zivilgesellschaft zum Trotz unzählige freiwillig Engagierte daran arbeiten, die historische Doppelkrise zu meistern. Nicht die Zivilgesellschaft, sondern jahrzehntelange Vetternwirtschaft und Korruption des politischen Establishments haben Griechenland an den Rand des endgültigen Ruins getrieben. Die aktive Zivilgesellschaft ist in allen Ländern Europas unterwegs. Menschen engagieren sich für Menschen; diese simple Tatsache allein begründet und verstärkt die Legitimität sozialer Bürgerrechte. Staatliche und europäische Politik werden immer mehr oder weniger in das fein gewobene Geflecht wirtschaftlicher Interessen verstrickt bleiben. Denn das europäische Projekt war jahrzehntelang ausschließlich als Wirtschaftsprojekt angelegt. Dass es nur funktionieren kann, wenn es auch (und perspektivisch in erster Linie!) ein soziales Projekt ist, mag dem nüchternen Blick evident sein. Durchsetzen lässt sich ein Europa der sozialen Bürgerrechte aber nur durch das koordinierte und kooperative Handeln einer europäischen Zivilgesellschaft. Am besten fangen wir noch heute damit an, sie zu entwickeln.

Autoren

Dr. Serge Embacher, Politikwissenschaftler und Publizist ist im BBE als Projektleiter tätig.

Kontakt: serge.embacher@b-b-e.de

PD Dr. Ansgar Klein ist Geschäftsführer des BBE, Privatdozent für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und Publizist.

Kontakt: ansgar.klein@b-b-e.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de